

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1562

Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Perspektiven mehrfacher Staatsangehörigkeit

Von

Vito Tamburo



Duncker & Humblot · Berlin

VITO TAMBURRO

Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Schriften zum Öffentlichen Recht

Band 1562

Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes

Perspektiven mehrfacher Staatsangehörigkeit

Von

Vito Tamburo



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster
hat diese Arbeit im Jahre 2023 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D6

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpär
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 0582-0200

ISBN 978-3-428-19163-5 (Print)

ISBN 978-3-428-59163-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meiner Mutter und meiner Großmutter

Vorwort

Ein politisch brisantes Forschungsthema kann sich für den Promovenden als Januskopf erweisen. Zwar ist man stets an aktuelle und aufschlussreiche Diskurse rückangekoppelt, was die Arbeit zu jedem Zeitpunkt kurzweilig gestaltet. Nichtsdestotrotz unterliegt man, gerade in der Rechtswissenschaft, dem Damoklesschwert des gesetzgeberischen „Federstrichs“, der sprichwörtlich „ganze Bibliotheken zur Makulatur machen kann“. An der Transferfähigkeit auf solche Zäsuren misst sich die Stabilität eines rechtspolitisch durchflochtenen Forschungsthemas.

Die mehrfache Staatsangehörigkeit ist eingedenk der jüngsten rechtspolitischen Entwicklungen wieder in aller Munde. Die am 19. Januar 2024 im Deutschen Bundestag verabschiedete umfangreiche Reform zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts – die zwar nicht mehr eingehend im Fließtext der Untersuchung, wohl aber in einer vor Drucklegung angefertigten Kurzanlage berücksichtigt werden konnte – bildet einen vorläufigen Abschluss dieser langwierigen politischen Findungsphase. Dass die Debatten rund um die migrations- und integrationspolitische Rolle des Staatsangehörigkeitsrechts nach dieser Novellierung verstummen werden, erscheint jedoch eingedenk der Intensität der Kontroverse, die weit mehr als ein Jahrhundert zurückreicht, ausgeschlossen. Kurzum: Der untersuchungsgegenständliche Vermeidungsgrundsatz mag abgeschafft sein; das Thema ist es jedoch keineswegs.

Die anliegende Untersuchung ist im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Universität Münster unter dem Arbeitstitel „Perspektiven des Optionsmodells“ als Dissertation angenommen worden, datiert auf dem rechtlichen Stand vom Tag der mündlichen Prüfung und ist für die Drucklegung überarbeitet worden. Das ursprüngliche Manuskript ist zum 31. Oktober 2021 fertiggestellt worden. Danach erscheinende Materialien, insbesondere die im Vorfeld des Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetzes erschienenen Publikationen konnten nur noch punktuell eingepflegt werden, wobei die Stellungnahmen für die Öffentliche Anhörung im Innenausschuss vom 7. Dezember 2023 keine Berücksichtigung mehr finden konnten. Gleiches gilt bezüglich des zum Zeitpunkt der mündlichen Prüfung anhängigen Vorabentscheidungsverfahrens C-684/22–C-686/22: Hier konnten lediglich die Schlussanträge von Generalanwalt Szpunar in der Anlage berücksichtigt werden.

In Anbetracht der Fertigstellung dieser Arbeit schulde ich vielen Personen einen großen Dank für die überwältigende Unterstützung, die gerade in den schwierigen Phasen schlichtweg unerlässlich war.

Zuvörderst gebührt meinem Betreuer und Erstgutachter, Herrn Prof. Dr. Fabian Wittreck, ein herzlicher Dank. Er hat mich bei der Themenfindung und bei der Durchführung des Promotionsvorhabens stets mit vorbildlichem Engagement, überaus geduldig, freundlich und hilfsbereit unterstützt, mich zur Bewerbung auf die Promotionsförderung ermutigt und mich auch als externen Doktoranden immer wieder in den wissenschaftlichen Alltag eingebunden.

Der gleiche Dank gebührt Frau Prof. Dr. Nora Markard, MA (King's College London), für die zügige Fertigstellung des Zweitgutachtens, die engagierte Unterstützung gerade in einer schwierigen Phase des Projekts sowie für die zahllosen hilfreichen Hinweise zur Publikation.

Herrn Prof. Dr. Gernot Sydow danke ich für den Prüfungsvorsitz im angenehmen wie kurzweiligen Kolloquium im August 2023 sowie für die anschließende lebhaftige Diskussion.

Zudem bedanke ich mich herzlich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Diese hat bereits mein Studium mit einem Begabtenstipendium unterstützt und durch ein Promotionsstipendium mein Vorhaben finanziell wie ideell entscheidend erleichtert.

In der Danksagungsreihe dürfen selbstverständlich meine Familie und Freunde nicht fehlen, ohne die diese Arbeit wohl nie zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen wäre. Hier sei meinem Vater Angelo, meinen Schwestern Patrizia und Sonia, meinen Schwagern, meiner Nichte und meinem Neffen sowie meiner gesamten Familie und all meinen – lediglich aus Platzgründen nicht namentlich aufgezählten – Freunden von ganzem Herzen gedankt, die bis zuletzt mitfieberten.

Doch der größtmögliche Dank gilt meiner Mutter Felicia, die zwar noch die mündliche Prüfung im August 2023, leider jedoch nicht mehr die Drucklegung der Arbeit miterleben konnte. Ohne ihre bedingungslose Liebe, ihre Unterstützung in jeder Lebenslage und -frage, ihren ansteckenden Optimismus, ihren unermüdlichen Kampf, durch den sie mir stets als Vorbild erhalten bleiben wird, sowie ihren ungebrochenen Glauben an mich – stets mehr, als ich mir selbst zugetraut habe – in dieser von verschiedenen Rückschlägen und der COVID-19-Pandemie geprägten Promotionszeit hätte ich dieses Projekt nicht zu Ende bringen können. Ihr Verlust schmerzt noch immer sehr. Leider blieb es auch meiner Großmutter Serafina, die immer ein liebevoller Rückhalt für mich war, verwehrt, das juristische „Heranwachsen“ ihres Enkelsohnes mitzuerleben.

Meiner Mutter und meiner Großmutter ist dieses Buch in tiefempfundener Liebe und Dankbarkeit gewidmet.

Hamm, im Februar 2024

Vito Tamburo

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| A. Einführung: Staatsangehörigkeitsrecht und Mehrstaatigkeit im Kontext des Migrations(folgen)rechts | 33 |
| I. Thematische Koordinatensetzung: Dichotomie des Untersuchungstopos | 35 |
| II. Faktische Koordinatensetzung: Mehrstaatigkeit in ihren statistischen Realitäten | 38 |
| III. <i>Modus operandi</i> , Gang der Untersuchung und Forschungsfragen | 42 |
| 1. Wozu eigentlich (noch) Staatsangehörigkeit? Lokalisierung rechtlicher Funktionsfacetten von Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante | 43 |
| 2. Problemaufriss I: Exklusivität versus Mehrstaatigkeit – „Eine unendliche Geschichte“ | 44 |
| 3. Problemaufriss II: Perspektiven „des“ bzw. „eines“ Optionsmodells | 48 |
| 4. Folgen und Konsequenzen: Rechtspolitische Gestaltungsoffensiven als Alternative zum Optionsmodell im Prüfungsüberblick | 51 |
| IV. Darlegung des Untersuchungsbedarfs und Reflexion des Forschungsstandes | 52 |
| V. Abschließend: Was offen bleiben muss | 54 |
| B. Funktionen, Bedingungen und rechtliche Konstituenten der (deutschen) Staatsangehörigkeit: Skizzierung eines elementaren Funktionswandels innerhalb des Migrationsrechts als Ausgangspunkt | 57 |
| I. Grundlegungen: Staatsangehörigkeit als personale Basis von Legitimationsstrukturen im demokratischen Verfassungsstaat | 59 |
| 1. Überkommene Funktionsverständnisse und angehörigkeitsrechtliche Begriffsfacetten aus völker- und staatsrechtlicher Perspektive | 61 |
| a) Völkerrechtliche Funktion: Staatsangehörigkeit als fundamentales und präzisiertes Zuordnungsinstrument | 63 |
| b) Staatsrechtliche Funktion: Gesamtheit rechtlich definierter Staatsangehöriger als <i>corpus</i> des staatskonstitutiven Elements „Staatsvolk“ | 65 |
| c) Staatsangehörigkeit und Integration | 67 |
| d) Staatsangehörigkeit als Anknüpfungspunkt im Internationalen Privatrecht | 69 |
| 2. Sukzessiver Verständniswandel im Lichte zunehmender transnationaler Überlagerungserscheinungen und globaler Migrationsbewegungen | 70 |
| a) Entpartikularisierung durch nationale und transnationale Dynamisierung tradiertter Funktionen des Angehörigkeitsstatus: Ist das Daueraufenthaltsrecht „das neue Staatsangehörigkeitsrecht“? | 71 |

| | |
|--|-----|
| b) Der dynamische Rechtsstatus der Unionsbürgerschaft im stetigen Wandel hin zum „grundlegenden Status“: Vom losen Annex zur Statusemanzipation | 77 |
| c) Folge: Rechtliche und soziopolitische Integrationsrendite durch Staatsangehörigkeit? | 83 |
| d) Folgerungen und Resümee: Staatsangehörigkeit als Zuordnungskonstante im Kontext sich wandelnder Staatlichkeit | 86 |
| II. Normative Grundlegungen der (deutschen) Staatsangehörigkeit | 87 |
| 1. Allgemein-völkerrechtliche Determinanten der Staatsangehörigkeit | 87 |
| a) Grundsatz: Souveräne Ausgestaltung durch die Nationalstaaten, die Grenzen der Gestaltungshoheit und das Risiko des sog. <i>genuine links</i> | 88 |
| b) Staatenlosigkeit als Schranke der Gestaltungsbefugnis? | 91 |
| 2. Konstitutionelle Präsuppositionen der Staatsangehörigkeit nach dem Grundgesetz: Verfassungsrechtliche Offenheit zugunsten der gesetzgeberischen Gestaltungsbefugnis | 94 |
| a) Art. 16 Abs. 1 GG: Schutzbastion einer entziehungsfesten Staatsangehörigkeit als Fundament demokratischer Gleichheit | 94 |
| aa) Schutzstandard des Art. 16 Abs. 1 GG als Abwehrrecht: Entziehungsschutz und Institutsgarantie | 95 |
| bb) Verfassungsrechtliches Egalisierungsgebot: Deutsche Staatsangehörigkeit als Grundlage gleichberechtigter Zugehörigkeit | 97 |
| cc) Punktueller Permeabilität des Staatenlosigkeitsvorbehalts | 99 |
| b) Art. 116 GG: Historischer Fußabdruck des Kriegs- und Diktaturunrechts mit zeitloser staatsrechtlicher Aufladung | 101 |
| aa) Abs. 1: Definitionsvoranschlag des personellen Legitimationssubjekts | 101 |
| bb) Abs. 2: Wiedereinbürgerungsoption und Nichtausbürgerungsfiktion als konstitutioneller Ausdruck der Wiedergutmachung | 104 |
| cc) Formelle und materielle Staatsangehörigkeit als Konsequenz des Art. 116 Abs. 1 GG? | 105 |
| c) Art. 6 Abs. 1 GG: Perpetuierung eines Grundsatzes der staatsangehörigkeitsrechtlichen Familieneinheit <i>de constitutione lata</i> ? | 108 |
| d) Dennoch: Keine absolute Gestaltungsfreiheit der Statuszugänge auf Kosten verfassungsrechtlicher Wertentscheidungen (Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1, 20 Abs. 2 S. 1 GG) | 110 |
| 3. Erwerbs- und Verlustvarianten der Staatsangehörigkeit <i>de lege lata</i> und rechtshistorische Prototypen | 112 |
| a) Kursorische Genese staatsangehörigkeitsrechtlicher (Reform-)Gesetzgebung im Spiegel gesellschaftspolitischer Grundentscheidungen | 112 |

| | |
|--|-----|
| b) Erwerb | 116 |
| aa) Originärer Erwerb (insbesondere der „Geburtserberb“) | 116 |
| (1) Angehörigkeitserwerb kraft Abstammung: Prämisse familiärer und sozialer Bindungsentwicklungen als Fundament des sog. <i>ius sanguinis</i> | 118 |
| (2) Angehörigkeitserwerb kraft Geburt im Inland: Zum Facettenreichtum des sog. <i>ius soli</i> | 121 |
| (a) Gesetzliche Verankerung: Keine hyperinklusive „Zufälligkeit der Geburt“, sondern Erheblichkeit von Elementen des <i>ius domicilii</i> | 122 |
| (b) Kritik | 126 |
| (aa) Sonderfall des „reinen“ <i>ius soli</i> auf Ebene der Unionsstaaten | 126 |
| (bb) Deutsche Regelung: Viel Rauch um (fast) nichts? | 128 |
| bb) Derivativer Erwerb | 130 |
| (1) „Unter ferner liefen“: Tatbestände der Ermessenseinbürgerung | 131 |
| (2) Solleinbürgerung ausländischer Ehegatten und Lebenspartner, § 9 StAG | 133 |
| (3) Anspruchsvoraussetzungen der Einbürgerung nach § 10 StAG als Konnex von soziopolitischen Inklusions- und Exklusionsfaktoren | 135 |
| (4) Einbürgerungsrecht als integrationspolitisches Wechselspiel ... | 139 |
| c) Überblick: Verlustgründe nach dem StAG | 141 |
| aa) Verlust der Staatsangehörigkeit auf Eigeninitiative | 142 |
| bb) Rücknahme einer rechtswidrigen Einbürgerung als Ankerpunkt verfassungsverrechtlicher Funktionsdiskurse über die Staatsangehörigkeit | 143 |
| cc) Durchsetzungsmechanismen des Vermeidungsgrundsatzes im engeren Sinne | 143 |
| dd) Verlust der Staatsangehörigkeit infolge des Eintritts in ausländische Streitkräfte oder der Beteiligung an Kampfhandlungen ausländischer terroristischer Vereinigungen | 144 |
| III. Überleitendes Zwischenfazit: Zugehörigkeitskonstante unter Definitionshoheit des parlamentarischen Gesetzgebers | 146 |

C. Anatomie der Mehrstaatigkeit und des erodierenden Vermeidungsgrundsatzes: Normative Anlagen, rechtliche Wurzeln und rechts- und soziopolitische Begründungsansätze

| | |
|--|-----|
| I. Staatsangehörigkeiten auf Kollisionskurs: Mehrstaatigkeit und ihr Zustandekommen | 148 |
| 1. Terminologische Klarstellungen: „Doppelte“ und „mehrfache“, „echte“ und „unechte“ Mehrstaatigkeit | 150 |

| | |
|--|-----|
| 2. Entstehungsmodi der Mehrstaatigkeit | 152 |
| a) Positivkollision originärer Erwerbsgrundsätze | 152 |
| aa) Abkömmlinge bi- oder multinationaler Partnerschaften als Kollisionsreaktion internationaler Erwerbsmodi <i>iure sanguinis</i> | 152 |
| bb) Kollision von <i>ius sanguinis</i> und <i>ius soli</i> in verschiedenen Staatsangehörigkeitsregimen | 153 |
| b) Kumulierte Angehörigkeiten als Folge des derivativen Erwerbs der Staatsangehörigkeit | 154 |
| 3. Folgerungen | 155 |
| II. Völkerrechtliche Auskunftslage: Die Vermeidung von Mehrstaatigkeit als internationalrechtliches Ziel? | 156 |
| 1. Allgemeines Völkerrecht: Gleichrangigkeit der Staatsangehörigkeiten und Gestaltungsbefugnis als Ausgangspunkt | 157 |
| a) Keine allgemein-völkerrechtliche Maxime zur Hinnahme oder Vermeidung von Mehrstaatigkeit | 157 |
| b) „ <i>Nemo potest exuere patriam</i> “: Faktische Begünstigung durch Staatenpraxis der fehlenden Entlassungsbereitschaft | 159 |
| 2. Präzisierung und Generalisierung durch völkerrechtliche Verträge | 160 |
| a) Bilaterale Verträge „unter deutscher Beteiligung“ als Prototypen ihrer Zeit voraus? | 160 |
| b) Entwicklungsgenese völkervertragsrechtlicher Rezeptionen als Indiz für die Abstraktion von originärer und derivativer Entstehung von Mehrstaatigkeit | 164 |
| aa) Globale Vermeidungsdesiderate: Haager-Konventionen 1930 – Ein Konglomerat „zahlloser“ Absichtserklärungen | 164 |
| bb) Forcierung des geschlechtergerechten „ <i>système dualiste</i> “ als Wegbereiter der Mehrstaatigkeit am Exempel einschlägiger UN-Konventionen | 167 |
| c) Europäische Vermeidungsdesiderate: Übereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern 1963 | 171 |
| aa) Zaghafte Restriktionsversuche von Mehrstaatigkeit durch den Europarat | 172 |
| bb) Zweites Zusatzprotokoll als exemplarischer Enttabuisierungsschlüssel | 175 |
| d) Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit des Europarates 1997: „Vom Saulus zum Paulus“? | 177 |
| aa) Holzschnitt: Staatsangehörigkeitsübereinkommen als Kodifikation gemeinsamer Prinzipien inklusive sukzessiver Berücksichtigung von Individualinteressen | 178 |
| bb) Kompromiss der neutralen Rezeption von Mehrstaatigkeit als <i>status quo</i> im Europarat | 179 |
| 3. Folgerungen: Konkretisierung heutiger Vermeidungsbestrebungen durch Völkerrecht und Überantwortung an innerstaatlichen Diskurs | 183 |

| | | |
|------|--|-----|
| III. | Unionsrechtliche Auskunftslage: Mittelbare Durchschlagswirkungen im Interesse der Grundfreiheiten ohne genuinen Einfluss auf Vermeidungsmechanismen der mitgliedstaatlichen Staatsangehörigkeitsgesetzgebung | 184 |
| 1. | Keine Implikationen auf mitgliedstaatliche Vermeidungs- oder Toleranzstrategien | 184 |
| 2. | Säulen operativer Elemente mehrfacher (EU-)Staatsangehörigkeit aus Sicht des Unionsrichterrechts | 186 |
| a) | <i>Gullung</i> und <i>Gilly</i> : Keine frühe unionsrechtliche Aufladung der EU-Mehrstaatigkeit | 186 |
| b) | <i>Micheletti</i> : Absage an Dominanzabstufungen und Validitätsnegierungen kumulierter Staatsangehörigkeiten zum Zwecke des Unionsrechts | 188 |
| c) | <i>Garcia Avello</i> und <i>McCarthy</i> : EU-Mehrstaatigkeit als Freifahrtschein zur unionsrechtlichen Jurisdiktionsgewalt? | 190 |
| 3. | Folgerungen | 194 |
| IV. | Staatsrechtliche Auskunftslage und verfassungsrechtliche Exklusivitätsdesiderate | 195 |
| 1. | Rechtliche Qualifikation von Mehrstaatigkeit unter dem Regime des StAG 1870 und des RuStAG 1913 als Kontraindikator vorkonstitutioneller Perpetuierungen eines Vermeidungsgrundsatzes | 195 |
| 2. | Nochmals anhand der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates: Umgangsstrategien an den parlamentarischen Gesetzgeber überwiesen | 200 |
| 3. | Mehrstaater-Beschluss des BVerfG oder auch: Eine „Übeldoktrin“, die den Namen nicht verdient | 203 |
| 4. | Ein „Verfassungsrecht der Mehrstaatigkeit“ oder ein „Verfassungsrecht gegen die Mehrstaatigkeit“? | 206 |
| a) | Institutsgarantie: Erwerbseinschränkungen als spiegelbildliches Analogon der grundsätzlichen Entziehungsfestigkeit der Staatsangehörigkeit? | 207 |
| b) | Nationalstaatliche Verfassungsinhärenz aus Art. 116 GG: Eine Schranke vermehrter Zulassung von Mehrstaatigkeit? | 211 |
| c) | Gleichheit: Mehrstaatigkeit und Vermeidungsgrundsatz als struktureller Ausgangspunkt gleichheitsverfassungsrechtlicher Kalamitäten? | 213 |
| aa) | Konzeptionelle Dimension („Ob“): Asymmetrische Standards als Distinktionsindikator zwischen genuin verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Kalamitäten | 213 |
| bb) | Qualitative Dimension („Wie“): Absolutes „Mehr“ an Rechten des Mehrstaaters im Vergleich zum Monostaater am Paradeexempel pluralisierter Partizipationsrechte? | 214 |
| d) | Staatsstrukturprinzipien: Gesetzgeberische Implikationen in das Staatsangehörigkeitsrecht und Hinnahme der Mehrstaatigkeit unter dem Demokratieprinzip? | 217 |
| aa) | Vorfrage: Offenheit des (angehörigkeitsrechtlichen) Volksbegriffes nach Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG für normative Zuordnungsentscheidungen des Gesetzgebers | 217 |

| | | |
|-----|--|-----|
| bb) | Keine Auflösung der Ausschließlichkeit des mit der Staatsangehörigkeit verbundenen exklusiven Treue- und Pflichtenverhältnisses als Verfassungs- und Demokratieproblem | 220 |
| cc) | Kein Funktionsverlust der konstitutionell abgesicherten Staatlichkeit durch eine individualistische Relativierung der Schicksalsgemeinschaft | 223 |
| dd) | <i>Vice versa</i> : Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein genuin rechtliches Filtrat, sondern ein verfassungspolitisches Desiderat | 227 |
| e) | Verfassungsrechtliche Bilanz: Reformen ohne Verfassungsbruch, sondern als Index verfassungsrechtlicher Wertneutralität | 229 |
| V. | Architektur innerstaatlicher Durchsetzungsmechanismen und Revisionen des Vermeidungsprinzips: Von angehörigkeitsrechtlicher Scheinkonstituante zur offenen Rechtsillusion? | 231 |
| 1. | Vermeidung von Mehrstaatigkeit im derivativen Staatsangehörigkeitserwerb als Epizentrum des sog. Vermeidungsgrundsatzes | 232 |
| a) | Vermeidung von Mehrstaatigkeit als normative Voraussetzung der Anspruchseinbürgerung | 232 |
| aa) | Implikationen von Regel und Verfahren: Reichweite der konstitutiven Anspruchs- und Integrationsvoraussetzung | 233 |
| (1) | Problem I: Verwaltungsrechtsdogmatische Frage des Verlust- und Aufgabzeitpunktes und problematische gesetzgeberische Kompatibilitätsofferte mit Nebenbestimmungen | 234 |
| (2) | Problem II: Rechts- und Integrationspolitische Folgewirkungen | 236 |
| bb) | Der Ausnahmenkatalog des § 12 StAG und dessen Rechtsprechungsgenese als Unzumutbarkeitskorrektiv: Strukturelle Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes? | 238 |
| (1) | Fragilität: Rechtliche oder „faktische“ Unmöglichkeit der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1, Nr. 2 StAG, als genuin rechtlicher Abhängigkeitsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes von ausländischer Staatsgewalt | 239 |
| (2) | Billigkeit: Versagung aus den Gründen in § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 StAG zur Schaffung von Einzelfallgerechtigkeit | 242 |
| (a) | Gründe, die der Einzubürgernde nicht zu vertreten hat, und Bescheidung in nicht angemessener Zeit als präzise umrissene Ausnahmenvorgaben | 243 |
| (b) | „Unzumutbarkeit“ als Wirkungsexempel des Vermeidungsgrundsatzes | 244 |
| (3) | Einzelfallgerechtigkeit: Ausnahmetatbestände für „unverhältnismäßige Schwierigkeiten“, „besondere Härte“ bis hin zu „erheblichen Nachteilen“ nach § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 und Nr. 5 StAG | 248 |
| (4) | Ausnahmetatbestand für Flüchtlinge nach der GFK | 251 |

| | |
|--|-----|
| (5) Durchbrechung des Vermeidungsgrundsatzes qua Generalklausel und Verfassungsrecht? | 253 |
| (a) Generalklausel des § 12 Abs. 1 S. 1 StAG: Systematisch synchronisiert mit dem Ausnahmenkatalog | 253 |
| (b) Hinnahme von Mehrstaatigkeit als Produkt verfassungsrechtlicher Schrankensetzung durch individuelle Gewissenskonflikte (Art. 4 Abs. 1 GG) | 255 |
| cc) Gesetzgeberisch gewollte Abweichung: EU-Mehrstaater und Staatsangehörige der Schweiz als angehörigkeitsrechtliche Privilegenträger | 257 |
| b) Vermeidung von Mehrstaatigkeit im Zuge der Ermessenseinbürgerung | 260 |
| c) Vermeidungsgrundsatz in der Ehegatten- und Lebenspartnereinbürgerung | 262 |
| d) Konsequenzen und Würdigung des Vorstehenden: Eine „Regel-Ausnahme-Umkehrung“ als konzeptioneller Fragilitätsnachweis des Vermeidungsgrundsatzes? | 263 |
| 2. Vermeidungsgrundsatz auf der Verlustebene: Derivativer Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit und „Auslandsadoption“ Minderjähriger durch ausländische Staatsangehörige | 268 |
| a) Rechtspolitische Immanenz und Struktur des § 25 Abs. 1 StAG als Zuwendungsindex zum ausländischen Einbürgerungsstaat | 268 |
| b) Zentraler Exemtionsindikator: Beibehaltungsgenehmigung in § 25 Abs. 2 StAG | 270 |
| c) Novellierungen des § 27 StAG als Exempel rechtspolitischer Konsistenzkontroversen über disparate Exemtionen des Vermeidungsgrundsatzes | 273 |
| 3. Originärer Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit: Grundsatz und Beschränkungen | 274 |
| a) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure sanguinis</i> durch einen „Auslandsgenerationenschnitt“ | 275 |
| b) Konzeptionelle Beschränkung des originären Erwerbs <i>iure soli</i> : Das Optionsmodell | 276 |
| 4. Folgerungen: Vermeidung von Mehrstaatigkeit als leicht überschreitbare Grenze eines jeden Erwerbs- und Verlusttatbestandes? | 277 |
| VI. Rechtliche und scheinrechtliche Begründungsansätze zur Vermeidung oder Hinnahme von Mehrstaatigkeit | 281 |
| 1. Rechtshistorischer Ausgangspunkt: Überkommene Mitgliedschaftsvorverständnisse und ein Geflecht konkurrierender Nationalstaaten als Problemauslöser | 283 |
| a) Differente Problemperspektiven unter völkerrechtlichen und staatsfunktionellen Koordinaten | 284 |
| b) Folge der Radizierung: Krisenfallszenario <i>ad extremum</i> | 286 |

| | |
|--|-----|
| 2. Rechtliche Konfliktpunkte: Prinzipielle Ignorierung fremder Staatsangehörigkeiten bei Inanspruchnahme eigener Staatsangehöriger als Ausgangspunkt | 290 |
| a) Diplomatische und konsularische Schutzausübung: Der klassische Konflikt konkurrierender Personalhoheiten | 291 |
| aa) Einwand: Schutzfrage als Resultat kollidierender Personalhoheiten <i>par excellence</i> | 292 |
| bb) Replik I: Keine völkerrechtliche Schutzlosigkeit im Dreiecksverhältnis | 294 |
| cc) Replik II: Zunehmender Rekurs auf die vorherrschende Staatsangehörigkeit als Folge zunehmenden „Empowerments“ des mediatisierten Individuums im Völkerrecht | 295 |
| b) Reziprokes Verhältnis Heimatstaat – Individuum: Mehrfache Staatsangehörigkeit als mehrfache Inanspruchnahme? | 302 |
| aa) Wehrpflicht: (K)ein Problem der laufenden Epoche? | 302 |
| (1) Einwand: Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland als Alpha eines neuen Problems? | 303 |
| (2) Lösungsangebot und Rechtslage: Aussetzung der Wehrpflicht als zweischneidiges Schwert | 304 |
| bb) Steuerrecht: Gelöste Mehrfachbesteuerungen als Pioniere völkervertragsrechtlicher Zugänglichkeit | 308 |
| c) Internationales Privatrecht: Keine Frage des „Ob“ der Mehrstaatigkeit, sondern eine Frage des „Wie“ | 312 |
| aa) Mehrfache Staatsangehörigkeit, multiple Anknüpfung? | 312 |
| (1) Einwand: Gefahr „hinkender Rechtsverhältnisse“ im IPR | 314 |
| (2) Replik: Strukturschwäche der <i>pro-domo</i> -Klausel als Problemsache | 315 |
| bb) Zuständigkeits- und Anerkennungswettläufe im internationalen und europäischen Zivilverfahrensrecht | 317 |
| d) Holzschnitt: Fragen des Internationalen Straf- und Auslieferungsrechts: Sukzessiv bedeutungslos, im Unionsraum obsolet | 320 |
| e) Rück- und Ausblick auf die rechtlichen Konfliktfelder anhand eines aktuellen Beispiels: Struktur- und Bestandsschwäche aller Einzelstaatsangehörigkeiten durch Statuspluralisierung aus verfassungsrechtlicher Sicht? | 323 |
| 3. Zum Spezifikum der EU-Mehrstaatigkeit: Demokratietheoretische Kalamität eines Grundsatzes „one person, two votes“ als Gefahr eines „nationality shoppings“? | 326 |
| a) Seitenblick: Rar gesäte Privilegierungsmechanismen weiterer EU-Mitgliedstaaten für eine erleichterte Einbürgerung für EU-Ausländer | 328 |
| b) Demokratiedefizit durch „echte“ Doppelwahlen? Die „Causa di Lorenzo“ als Menetekel künftiger Wahlungleichheiten? | 331 |

| | |
|---|-----|
| c) Demokratiedefizit durch „unechte“ Doppelwahlen? Rekurs und Abstraktion von der reklamierten doppelten Wahlmöglichkeit von Mehrstaatern | 336 |
| d) Folgerungen: EU-Mehrstaatigkeit ohne partikulares Unrechtspotential | 338 |
| 4. Rechts- und integrationspolitische Kosten-Nutzen-Abwägung: Überwiegen die Chancen der Hinnahme von Mehrstaatigkeit die Destabilisierungsszenarien? | 339 |
| a) Narrativ des automatisierten Loyalitätskonflikts: Irregularität kumulierter Staatsangehörigkeiten aufgrund eines exklusiven „Wesens“ der Staatsangehörigkeit? | 340 |
| aa) Einwand: Statuskumulationen als normative Degradierung bürger-schaftlicher Zugehörigkeit im Allgemeinen? | 340 |
| bb) Replik: Migrationspolitische Realitäten vor dem Anachronismus des exklusiven Loyalitäts- und Treuekonzepts der Staatsangehörigkeit | 343 |
| b) Soziopolitische „Integrationshemmung“ durch mehrfache Staatsangehörigkeit? | 346 |
| aa) Einwand: „Wir können aus dem ‚Staatenkuchen‘ uns nicht nur die Rosinen suchen“ | 347 |
| bb) Replik: Artifizielle Vermengung nur bedingt kompatibler Sachfragen | 348 |
| c) Gegenrede aus staatsfunktioneller und demokratietheoretischer Perspektive | 351 |
| aa) Interventionsoptionen von Seiten der Hoheitsgewalt des Herkunfts-heimatstaats: Destabilisierungswirkung durch außen- und innenpo-litische Desintegrationseffekte | 352 |
| (1) Ausgangspunkt: Mehrstaatigkeit als politisches Instrument zum Ausbau der personalhoheitlichen Souveränität über die Diaspora | 353 |
| (2) Folgewirkung I: Außenpolitische Desintegration als Damokles-schwert hingenommener Mehrstaatigkeit? | 355 |
| (3) Folgewirkung II: Innenpolitische Desintegration und Minderhei-tenschutz – Vorrechtliche Bedenken über aus Minderheitenrech-ten erwachsende Partizipationsinstanzen | 360 |
| bb) Demokratietheoretische Implikationen: Wider die Unterinklusion durch Einräumung von Mehrstaatigkeit, wider die Überinklusion durch intergenerative Überführung in die Monostaatigkeit – Mehr-staatigkeit als Transitzustand | 364 |
| d) Resümee: Staatspolitische und rechtssoziologische Vorteile im Einwanderungsstaat Deutschland | 367 |
| 5. Folgerung: Hinnahme von Mehrstaatigkeit kein rechtliches „Übel“, in re-guliertem Maße ein potentieller „Genuss“ | 368 |
| VII. Rechtsvergleichender Seitenblick: Staatenpraxis als Argument für eine stärkere Permission mehrfacher Staatsangehörigkeit? | 371 |
| 1. Grundlegend: Begrenzte Vergleichbarkeit staatsangehörigkeitsrechtlicher Konzeptionen? | 372 |

| | |
|---|------------|
| 2. Trend innerhalb der EU-Mitgliedstaaten: Vorsichtige Tendenz in Richtung Hinnahme trotz vernehmbarer staatsangehörigkeitspolitischer Heterogenität | 376 |
| VIII. Bündelung wesentlicher Erkenntnisse: Renitentes Festhalten am Vermeidungsgrundsatz als <i>pars pro toto</i> für ein monosedentäres Migrationsrecht? .. | 379 |
| 1. Auskunftslage des Völker- und Europarechts: Mehrstaatigkeit als öffentliches Statuskollisionsrecht nur peripher dem internationalen Recht überantwortet | 379 |
| 2. Auskunftslage des StAG: Fragilität des Vermeidungsgrundsatzes im Lichte künftiger Migrationsbewegungen | 380 |
| 3. Was ist das „Übel“ an der Mehrstaatigkeit? | 382 |
| 4. Desiderat: Transitorische Mehrstaatigkeit im Immigrationskontext als Materie des Völkervertragsrechts | 384 |
| D. Retro- und Prospektive des sogenannten Optionsmodells als Spezifikum: Ros-tender Anker des Vermeidungsgrundsatzes? | 386 |
| I. Konzeptionelle Säulen und Wurzeln des Optionsmodells | 387 |
| 1. Entwicklung des Optionsmodells als Kompromissresultat einer gesellschaftspolitischen Kontroverse | 387 |
| a) Diskussionshergang: Reformpotential als Zufallsprodukt der Mehrheitsverhältnisse innerhalb beider Gesetzgebungsorgane | 388 |
| b) Kursorisch: Verfassungswidrige Betaversion und Schnittstellen zum finalen Endprodukt des Optionsmodells – Das Modell der sogenannten Kinderstaatszugehörigkeit | 391 |
| c) Erwerbsregelungstechnischer Paradigmenwechsel unter Inkaufnahme einer Einschränkung | 393 |
| aa) „Traditionelle“ staatsangehörigkeitsrechtliche Etymologie der Option: Vom Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit | 394 |
| (1) Die Option als völkerrechtliches Instrument für ein verbindliches Zugehörigkeitsproprium nach einer Staatensukzession | 395 |
| (2) Die Option als staatsangehörigkeitsrechtliches Gestaltungsinstrument: Gemeinsamkeiten und Unterschiede | 396 |
| (3) Die Option als rares Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Akademische Vorreiter und Tuchfühlungen aus der Staatenpraxis | 398 |
| (a) Abwahlzwang als akademisches und rechtspolitisches Glasperlenspiel | 398 |
| (b) Der Optionszwang als Instrument zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit in der internationalen Praxis: Überholte oder gescheiterte Exempel | 401 |
| (c) Noch heute als Verzichtsobliegenheiten praktizierte „Optionszwänge“ als Exempel prozeduraler und inhaltlicher Permeabilität | 403 |
| (d) § 29 StAG als „deutscher Sonderweg“ | 406 |

| | |
|--|-----|
| bb) Rechtsnatur und Regelungswirkung – Mehrstaatigkeit unter auflösender Bedingung der Tätigkeit einer Obliegenheit | 407 |
| cc) Administrative Eigentümlichkeiten des Optionsverfahrens nach alter und neuer Rechtslage | 409 |
| dd) Die Beibehaltungsgenehmigung als verfassungsrechtlich notwendiges und systematisch folgerichtiges Korrektiv: Zusätzliches Einfallstor für Durchbrechungen des Vermeidungsgrundsatzes | 414 |
| d) Skizzierung der rechtlichen und gesellschaftspolitischen Kontroverse über das „native“ Optionsmodell vor dem Änderungsgesetz | 417 |
| aa) Rechtspolitische Schwächen und rechtliche Folgefragen des Optionsmodells | 417 |
| (1) Während des Optionsverfahrens geborene Kinder | 417 |
| (2) Migrationsfolgenrechtliche und rechtspolitische Probleme gestern und heute | 418 |
| (3) Komplikationen im Bereich des Internationalen Privatrechts | 421 |
| bb) Integrationspolitische Streitbarkeit des Optionsmodells als Zentrum der Kontroverse | 422 |
| (1) Das Optionsmodell im Lichte der divergierenden Integrationsprämissen | 423 |
| (2) Die Abwahlentscheidung als ausschließliches Barometer des Integrationsgrades | 425 |
| (3) Begrenzte Aussagekraft empirischer Erkenntnisse zu dem Optionsverhalten der Betroffenen vor der Novellierung | 425 |
| (4) Folgerung: Kompromissprodukt eines Optionsmodells unter Inkaufnahme von Zugeständnissen auf Seiten beider integrationspolitischer Ansätze | 428 |
| 2. Restrukturierung des Optionsmodells 2014: Entschärfung unter Inkaufnahme rechtlicher Probleme im dezimierten Anwendungsbereich | 429 |
| a) Konzeptionelle Modifikationen im neuen Optionsrecht: Novellierter Voraussetzungskatalog als rechtliche Grundlage der profunden Modellentkräftung | 432 |
| aa) Identischer Grundsatz: Äquivalenter Anwendungskreis | 433 |
| bb) Teleologische Einschränkung bei Kindern aufgrund einer Naturalisation der Eltern? | 434 |
| cc) Kriterium des „Aufwachsens“ im Sinne des Abs. 1a als neuer, zentraler Ausgangs- und Aufhebungsschlüssel | 436 |
| (1) Grundlegung: Staatsangehörigkeitsrechtliche Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts im Inland | 437 |
| (2) Härtefallklausel als flexibilisierendes Korrektiv in restriktiver Handhabung | 439 |
| (3) Folgen und Würdigung der Bereichsausnahme: Weitgehende Entschärfung der rechts- und integrationspolitischen Sprengkraft | 440 |
| dd) Erhalt des Hinweises nach Abs. 5 S. 5 als materielle Obliegenheitsvoraussetzung | 442 |

| | | |
|-----|--|-----|
| b) | Erhebliche Applikationsprobleme im Optionsvorverfahren nach Abs. 5: Die <i>ultima ratio</i> der Öffentlichen Zustellung als Garant des fehlenden „Erhalts“ | 443 |
| c) | Zwischenergebnis: Optionsmodell als entschärftes Kompromissprodukt – Konzeptionelle Belastung des Erwerbs <i>iure soli</i> als Symbol? | 448 |
| II. | Verfassungsmäßigkeit und verfassungsrechtliche Implikationen eines Opti- onsmodells im Allgemeinen und des § 29 StAG im Besonderen | 449 |
| 1. | Verfassungsrechtliche Bewertung des Optionsmodells aus der (facettenrei- chen) Perspektive des Art. 16 Abs. 1 GG | 449 |
| a) | Virulenz auf Verlustebene: Der Verlust der Staatsangehörigkeit <i>qua op- tione</i> als grundgesetzlich verbotene Entziehung im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG? | 449 |
| aa) | Entziehungsbegriffe in Schrifttum und Rechtsprechung im Wandel: Abgrenzung zum Verlust | 450 |
| (1) | Wortlautorientierte und historisch-teleologische Auslegungszu- griffe | 451 |
| (2) | Entwicklungsbemühungen des „Entziehungsbegriffes“ im Lichte der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung | 452 |
| (3) | Kursorisch: Vorzug und Schwäche des funktionellen Ansatzes des BVerfG unter komplementärer Heranziehung des Zumutbar- keitsansatzes | 455 |
| bb) | Notwendigkeit der Differenzierung verschiedener Verlustmodi | 457 |
| (1) | Positivoption ohne Nachweis über die Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit | 457 |
| (2) | Unterlassene Abgabe einer Erklärung | 459 |
| (3) | Positivoption für die ausländische Staatsangehörigkeit | 460 |
| cc) | Folgerung: Optionskonzept im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 S. 1 GG bedenkenlos | 461 |
| b) | Virulenz auf Erwerbsebene: Die optionsbelastete Staatsangehörigkeit als Differenzierung im Sinne einer Staatsangehörigkeit der „zweiten Klas- se“? | 461 |
| aa) | Optionsbelastung keine inhaltliche Statusdiminuierung | 462 |
| bb) | Idealtypische Permanenz der Staatsangehörigkeit für die Verfas- sungskonformität unergiebig | 464 |
| c) | Optionsregelung als Verlusttatbestand im Sinne des Art. 16 Abs. 1 S. 2 GG: Abstraktion von Konzeption und Prozedur | 466 |
| aa) | Legitimer Zweck der Vermeidung von Mehrstaatigkeit: Heranzie- hung des Prinzips und gedeckter Novellierungsbedarf | 467 |
| bb) | Verfassungsrechtliche Kalamität der Ursprungsfassung: Fälle dro- hender Staatenlosigkeit bei prozeduralen Versäumnissen | 467 |
| cc) | Konzeptuell: Novellierte Optionsregelung als verhältnismäßiger Verlusttatbestand | 469 |

| | |
|---|-----|
| dd) Prozedural: Öffentliche Zustellung des Optionshinweises und der deklaratorischen Verlustfeststellung als verfassungsrechtlich unvertretbarer Verlustkorridor? | 471 |
| d) Fazit: Abstrakte Entschärfung der verfassungsrechtlichen Virulenz aus Art. 16 Abs. 1 GG – Konkrete Verschärfung in der prozeduralen Verwirklichung | 476 |
| 2. Optionspflicht und Gleichheitssätze (Art. 3 Abs. 1, Abs. 3 S. 1, 33 Abs. 1 GG) | 476 |
| a) Die Optionspflicht als gegen Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG verstoßende Differenzierung nach der „Abstammung“ des Betroffenen? | 477 |
| aa) Maßstab: „Staatsangehörigkeit“ als verbotenes Differenzierungskriterium? | 479 |
| bb) Direkte Fassung der Optionsregelung nach § 29 StAG unter dem verbotenen Merkmal der „Abstammung“ oder „Heimat“? | 480 |
| (1) Differenzierungskriterium „Abstammung“: Über ein verfassungsgerichtlich konstruiertes Nadelöhr | 480 |
| (2) § 29 StAG als lediglich „dem Wesen nach auf der Abstammung beruhende“ Differenzierung | 482 |
| (3) Inlandssozialisationsprivileg des „Aufwachsens“ (§ 29 Abs. 1a StAG) keine Diskriminierung nach der „Heimat“ | 484 |
| b) Analyse optionsrechtlicher Gleichheitsprobleme am allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) | 485 |
| aa) Konzeptionell: Gesonderte Pflicht für Deutsche <i>iure soli</i> im Allgemeinen als Ungleichbehandlung | 485 |
| (1) Würdigung der als Rechtfertigungsgründe proklamierten Sacherwägungen | 486 |
| (2) Divergierende Integrationsvermutungen zugunsten Deutscher <i>iure sanguinis</i> als gewichtiger sachlicher Differenzierungsgrund | 487 |
| (a) Verhältnismäßigkeitseinwand | 488 |
| (b) Replik | 489 |
| (aa) Im Lichte der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers | 490 |
| (bb) Mit Einschränkung: Im Lichte der vom Gesetzgeber gewählten Ausgestaltung und der Rechtsnatur | 492 |
| (cc) Spezifikum der Novellierung: Im Lichte partiell plausibilisierter Integrationsprämissen | 494 |
| (dd) Mit Einschränkung: Im Lichte des Generationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG | 494 |
| (3) Konzeptionelles Fazit: Distinktionen und Typisierungen zwischen den originären Erwerbsmodi als Exempel weitreichender gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis | 495 |
| bb) Replikation der Vergleichsgruppen als inhärentes Plausibilitäts- und Verfassungsproblem | 496 |

| | |
|--|-----|
| cc) EU-Mehrstaater und Schweizer Mehrstaater versus Mehrstaater mit Drittstaatsangehörigkeit | 500 |
| (1) EU-Mehrstaater | 500 |
| (a) Sachlicher Grund: Rechtfertigung über internationale Sonderbeziehungen eingedenk des verfassungsrechtlichen Integrationsförderauftrages in Art. 23 GG? | 500 |
| (b) Würdigung der sachlichen Gründe im Rahmen der Rechtfertigung: Nicht alles europäische Integration, was privilegiert? | 502 |
| (2) Schweizer Bürger: Keine EU – kein sachlicher Privilegierungsgrund? | 505 |
| (3) Zwischenergebnis: Privilegierungstatbestände als Abstraktions-exempel zwischen rechtspolitischen Zweifeln und gesetzgeberischer Gestaltungsbefugnis | 509 |
| dd) Faktische Privilegierung von Staatsangehörigen entlassungsunwilliger Drittstaaten | 509 |
| ee) Privilegierung von Spätaussiedlern (§ 15 BVFG) | 510 |
| ff) Implementationsprobleme der Öffentlichen Zustellung als Indikator des Erfordernisses einheitlicher Rechtsanwendung (Art. 33 Abs. 1 GG) | 511 |
| gg) Zwischenfazit: Gleichheitsrechtliche Kontrolle als Trennlinie zwischen rechtspolitischer Plausibilität und genuin verfassungsrechtlichen Geboten | 512 |
| 3. Demokratietheoretische Implikationen des optionsbedingten Staatsangehörigkeitsverlustes, Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 GG | 513 |
| 4. Kursorisch: Konformität der grundrechtseinschränkenden Vorschrift mit (vermeintlichen) verfassungsrechtlichen Formalitäten | 515 |
| a) Gesetzgeberisches Versäumnis im Hinblick auf das Zitiergebot? | 515 |
| b) Hinreichende Bestimmtheit der Härtefallklausel (Art. 20 Abs. 3 GG) .. | 518 |
| 5. Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Konformitätskontrolle: Entschärfungen und Verschärfungen einer in sich wenig tragfähigen Restregelung – Fokusverschiebung von der Konzeption auf die Prozedur | 519 |
| a) Mittelbarer Einfluss der Reform auf die Verfassungskonformität: Grenzen der Integrationshypothesen und Hürden der prozeduralen Abwicklung | 519 |
| b) Konzeptionelle Verfassungskonformität von Optionsmodellen, prozeduraler Stillstand als neues Verfassungsproblem | 520 |
| III. Unionsrechtskonformität des § 29 StAG: Konzeptionsgrenzen staatsangehörigkeitsrechtlicher Verlustgründe in den Verträgen und einschlägiger EuGH-Rechtsprechung | 521 |
| 1. Art. 20 AEUV: Verlusttatbestände des nationalen Staatsangehörigkeitsrechts in „neuem“ unionsrechtlichen Prüfungsgewand | 522 |
| a) Einschränkung des mitgliedsstaatlichen Monopols für staatsangehörigkeitsrechtliche Erwerbs- und Verlusttatbestände | 525 |
| aa) Prozesshistorie EuGH [Rottmann] | 526 |

| | |
|---|-----|
| bb) Inventur und Entscheidungsgenese: „Rottmann“ als Schlüssel zur Erweiterung europäischer Jurisdiktionsgewalt | 527 |
| b) Rs. Tjebbes als präzisierte Maßstab für Verlusttatbestände <i>ex lege</i> | 533 |
| aa) Prozesshistorie EuGH [Tjebbes] | 534 |
| bb) Kursorische Urteilsgenese: Komplementär oder Surrogat der Rottmann-Maßstäbe? | 535 |
| cc) Würdigung: „Rolle rückwärts“ oder sinnvolle Ergänzung des Gerichtshofs? | 537 |
| (1) Spezifikation des Verhältnismäßigkeitsvorbehalts nach den „Rottmann-Maßstäben“: EuGH im Spagat zwischen Residualkompetenz und Kernbestandsschutz | 537 |
| (2) Keine Signalwirkung der Entscheidung hinsichtlich von Mehrstaatigkeit und des Vermeidungsgrundsatzes | 540 |
| dd) Konsequenzen, Aussagekraft und Ausblick für das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht | 542 |
| (1) Konsequenz: Überkommene Verlustgründe <i>ex lege</i> im unionsrechtlichen Limbus? | 543 |
| (2) Applikation der vorbezeichneten Grundsätze auf die Optionsregelung: Verschärfung des Schwebezustandes und unionsrechtlicher Präzisierungsbedarf | 548 |
| 2. Art. 21 AEUV: Das eingeschränkte Freizügigkeitsrecht als Indikator einer unionsbürgerschaftlichen Zwickmühle | 550 |
| a) Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Einschränkung der Freizügigkeit aus Art. 20 Abs. 2 Nr. 1, 21 AEUV | 551 |
| b) Mitgliedstaatliche Prärogative zur Ausgestaltung und Würdigung staatsangehörigkeitsrechtlicher „enger Bindungen“ als Rechtfertigungsgrund? | 554 |
| c) Verhältnismäßigkeit und unionsrechtskonforme Auslegung? | 556 |
| 3. Zwischenfazit und unionsrechtlicher Ausblick | 559 |
| IV. Völkerrechtliche Evaluation des § 29 StAG als Beispiel des permissiven Rahmens für spezifische Angehörigkeitsmodelle | 561 |
| 1. Allgemeines Völkerrecht als unterentwickelter Prüfungsmaßstab | 561 |
| 2. Konformität mit multilateralen, staatsangehörigkeitsrechtlichen Abkommen: Vorbehalt zu Art. 7 des Europäischen Übereinkommens über die Staatsangehörigkeit | 562 |
| 3. Folgerung: Staatsangehörigkeitsrechtliches Unikat unter Völkerrechtskonformität | 565 |
| V. Resultate: Perspektiven des (novellierten) Optionsmodells und Auswirkungen | 565 |
| 1. <i>Ex post</i> -Korrektur <i>iure soli</i> entstehender Mehrstaatigkeit: Eine als Grundsatz getarnte Ausnahme | 566 |
| 2. Rechtspolitische Tragfähigkeit und Zukunftsaussichten des Optionsmodells | 567 |
| 3. Politische Revitalisierungsperspektiven des Optionsmodells oder auch: Eine Reise ohne Wiederkehr? | 568 |

| | |
|--|-----|
| 4. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht: Konzeptionell ungewöhnlich, jedoch weitgehend rechtskonform – prozedural hochproblematisch | 570 |
| 5. Konsequenzen für den Vermeidungsgrundsatz: Indikator einer sukzessiven Wandlung zum Hinnahmeprinzip mit demokratietheoretischen Korrekturen? | 571 |
| a) Neue Asymmetrie von Geburtserwerb <i>iure soli</i> und Einbürgerungsvorschriften: Keine rechtliche Virulenz, sondern rechtspolitische Handlungsoption | 572 |
| b) Neue gesetzgeberische und rechtspolitische Tendenzen durch die Entschärfung? | 573 |
| 6. Ausblick: Bereichsausnahme für im Inland aufgewachsene Deutsche <i>iure soli</i> als Anfang vom Ende des Optionsmodells? | 574 |

| | |
|---|------------|
| E. Genese rechtspolitischer Gestaltungsoffensiven als Alternativen zum Optionsmodell | 576 |
| I. Modell der aktiven und ruhenden Staatsangehörigkeit als Flexibilisierung der letztmaßgeblichen Zuordnung? | 577 |
| 1. Konzeptionierungen: Bisherige Erfahrungen im spanisch-lateinamerikanischen und italienisch-argentinischen Rechts- und Personenverkehr als Blaupause? | 578 |
| 2. Kritik: Ein binäres Angehörigkeitsnetz als Rechtsutopie? | 580 |
| a) Verfassungsrechtliche Implikationen durch die Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit: Implementierung artifizieller „Status im Status“? | 581 |
| b) Unionsrecht: Keine Blockade durch <i>Micheletti</i> | 584 |
| 3. Konsequenz: Mehrwert des Modells und Reichweitenbegrenzung | 585 |
| II. Unterbindung der unlimitierten „Weitervererbung“ kumulierter Staatsangehörigkeiten qua Generationenschnitt | 588 |
| 1. Terminologische Ausdifferenzierung: Kein Inlandsschnitt, sondern Auslandsschnitt | 589 |
| 2. Implementierung des Auslandsgenerationenschnitts, § 4 Abs. 4 StAG | 590 |
| a) Verfassungsrechtliche Relevanz | 590 |
| aa) Nichterwerb der Staatsangehörigkeit kein verfassungswidriges Entscheidungsanalogon im Hinblick auf Art. 16 Abs. 1 GG | 591 |
| bb) Exkurs: Aufhebung einer systemwidrigen Erstreckung von § 4 Abs. 4 S. 1 StAG auf verfassungsrechtliche Garantien des Art. 116 Abs. 2 GG | 592 |
| b) Fehlende Kohärenz des in § 4 Abs. 4 S. 1 StAG angelegten „Generationenschnitts“ sowohl in rechtspraktischer als auch in rechtspolitischer Hinsicht | 595 |
| c) Rechtspolitischer <i>modus operandi</i> und jüngere Gesetzesinitiative: Notwendigkeit des Ausbaus völkerrechtlicher Verträge und Abhängigkeit von außenpolitischen Koordinaten | 597 |

| | | |
|----------------|---|-----|
| III. | Generationsnachgelagerter Optionszwang für Mehrstaater als <i>reformatio in melius</i> ? | 601 |
| 1. | Konzeptionierung | 602 |
| 2. | Replik | 603 |
| IV. | Sog. gestufte Staatsangehörigkeitsmodelle: Nur ein „fauler Kompromiss“ für die optionsrechtliche Ahnenreihe? | 606 |
| 1. | Konzeptionierung | 606 |
| 2. | Replik | 607 |
| V. | Folgerungen: Rechtspolitische Glasperlenspiele im Spannungsfeld zwischen politischer Realisierbarkeit und konstitutionellem Einheitlichkeitsgebot – Ein stummer Schrei nach einem „Völkerrecht der Staatsangehörigkeit“ | 609 |
| F. | Conclusiones finali, Beantwortung aufgeworfener Forschungsfragen und Ausblick | 611 |
| I. | Präsupposition: Das Recht der Staatsangehörigkeit als parlamentarisch und gesamtgesellschaftlich auszufeuchtende „Wer“-Frage | 611 |
| II. | Einfachgesetzliches Vermeidungsprinzip im Spannungsfeld fragwürdiger Rationalität und struktureller Fragilität | 612 |
| III. | <i>The clash of nationality laws</i> : Pragmatismus in der Rezeption von Positivkonflikten im globalisierten Zeitalter | 613 |
| IV. | „Was vom Optionszwange übrig blieb“: Symbolpolitische Reliquie oder genuine Konstituante des Staatsangehörigkeitsrechts? | 614 |
| V. | Versuch eines bidirektionalen Ausblicks: Parlamentarische Zukunftsmusik in den Perspektiven des Optionsmodells und der (inter-)nationalen Umgangsstrategien mit Mehrstaatigkeit | 615 |
| VI. | Kernthesen der Untersuchung | 617 |
| Anlage: | Vom Ende des Vermeidungsgrundsatzes unter dem Staatsangehörigkeitsmodernisierungsgesetz | 632 |
| I. | Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts: „Schlussstein oder Vehikel“ für den Staatsangehörigkeitsdiskurs? | 633 |
| 1. | Restlose Abschaffung des Vermeidungsgrundsatzes | 633 |
| 2. | „Causa finita?“ Wohl kaum! – Veränderte innen- und außenpolitische Realitäten als Katalysatoren neuer Aushandlungsimpulse | 635 |
| II. | Perspektivisch: Revitalisierungsperspektiven auf den unionsrechtlichen Prüfstand | 639 |
| III. | Ergebnis: Kein „Federstrich“ für den Zugehörigkeitsdiskurs | 643 |
| | Literaturverzeichnis | 645 |
| | Stichwortverzeichnis | 699 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------------|---|
| a. A. | andere Ansicht |
| a. a. O. | am angegebenen Ort |
| Abs./UAbs. | Absatz/Unterabsatz |
| a. E. | am Ende |
| AEMR | Allgemeine Erklärung der Menschenrechte |
| AEUV | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| a. F. | alte(r) Fassung |
| AfD | Alternative für Deutschland |
| AJIL | American Journal of International Law |
| AKP | Adalet ve Kalkınma Partisi (türk.: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) |
| allg. | allgemein |
| Alt. | Alternative |
| amtl./nichtamtl. | amtlich/nichtamtlich |
| Amtsbl. | Amtsblatt |
| Anm. | Anmerkung |
| AnwBl. | Anwaltsblatt |
| AO | Abgabenordnung |
| AöR | Archiv des öffentlichen Rechts |
| Appl. no. | Application number |
| Art. | Artikel |
| AStG | Außensteuergesetz |
| AsylG | Asylgesetz |
| AufenthG | Aufenthaltsgesetz |
| Aufl. | Auflage |
| AuslG | Ausländergesetz |
| AVR | Archiv des Völkerrechts |
| Az. | Aktenzeichen |
| BAMF | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge |
| BAnz. | Bundesanzeiger |
| BayVBl. | Bayerische Verwaltungsblätter |
| BBG | Bundesbeamtenengesetz |
| Bd. | Band |
| BeamStG | Beamtenstatusgesetz |
| BeckOK | Beck'scher Online-Kommentar |
| Begr./begr. | Begründer/begründet |
| Beschl. | Beschluss |
| BFH | Bundesfinanzhof |
| BFHE | Entscheidungen des Bundesfinanzhofs |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBI. | Bundesgesetzblatt |

| | |
|-------------|---|
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BGHZ | Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen |
| BMG | Bundesmeldegesetz |
| BOE | Boletín Oficial del Estado |
| BR | Bundesrat |
| BrexitÜG | Gesetz für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union |
| BRJ | Bonner Rechtsjournal |
| BT | Bundestag |
| BVA | Bundesverwaltungsamt |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| BVerfGE | Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts |
| BVerwG | Bundesverwaltungsgericht |
| BVerwGE | Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts |
| BVFG | Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge |
| BWahlG | Bundeswahlgesetz |
| bzgl. | bezüglich |
| bzw. | beziehungsweise |
| CDCJ | European Committee on Legal Co-operation |
| CDU | Christlich Demokratische Union Deutschlands |
| CEPS | Centre for European Policy Studies |
| CJEU | Court of Justice of the European Union |
| CMLR | Common Market Law Review |
| CMS | Comparative Migration Studies |
| CONF/NAT | Conference on Nationality |
| CSU | Christlich-Soziale Union in Bayern |
| DAV | Deutscher Anwaltverein |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| ders./dies. | derselbe/dieselbe(n) |
| DeZIM | Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung |
| d. h. | das heißt |
| DJZ | Deutsche Juristen-Zeitung |
| Doc. | Document |
| DÖV | Die öffentliche Verwaltung |
| DRiZ | Deutsche Richterzeitung |
| Drs. | Drucksache |
| DVBl. | Deutsches Verwaltungsblatt |
| DW | Deutsche Welle |
| ECJ | European Court of Justice |
| ECLR | European Competition Law Review |
| Ed. | Edition |
| EFTA | Europäische Freihandelsassoziation |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EGBGB | Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch |
| EGMR | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte |
| EGV | Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft |

| | |
|------------------------|---|
| EhrenamtStiftG | Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt |
| Einl. | Einleitung |
| EJIL | European Journal of International Law |
| EKD | Evangelische Kirche Deutschlands |
| ELJ | European Law Journal |
| ELR | European Law Review |
| EMN | European Migration Network |
| EMRK | Europäische Menschenrechtskonvention |
| ERA | Europäische Rechtsakademie |
| ErbStG | Erbschafts- und Schenkungsteuergesetz |
| EstG | Einkommensteuergesetz |
| etc. | et cetera |
| ETS/SEV | European Treaty System/Sammlung der Europäischen Verträge |
| EU | Europäische Union |
| EUDO | European Union Democracy Observatory |
| EuErbVO | Verordnung (EU) Nr. 650/2012 („EU-Erbrechtsverordnung“) |
| EuGH | Europäischer Gerichtshof |
| EuGRZ | Europäische Grundrechte-Zeitschrift |
| EuGüVO | Verordnung (EU) 2016/1103 („EU-Güterrechtsverordnung“) |
| EUI | European University Institute |
| EuR | Europarecht |
| EuStAÜbk | Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit |
| EUV | Vertrag über die Europäische Union |
| EuWG | Europawahlgesetz |
| EuZW | Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| EWG | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EZAR-NF | Entscheidungssammlung zum Zuwanderungs-, Asyl- und Freizügigkeitsrecht (Neue Folge) |
| f./ff. | folgende(n) |
| FAIR e.V. | Federation against Injustice and Racism e.V. |
| FamFG | Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit |
| FamRZ | Zeitschrift für das gesamte Familienrecht |
| FAZ | Frankfurter Allgemeine Zeitung |
| FDP (bis 2001: F.D.P.) | Freie Demokratische Partei |
| FGG | Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit |
| Fn. | Fußnote |
| fortgef. | fortgeführt |
| FreizügG/EU | Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern |
| GA | Generalanwalt |
| geänd. | geändert |
| gem. | gemäß |
| GER | Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen |
| GFK | Genfer Flüchtlingskonvention |
| GG | Grundgesetz |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GK-StAR | Gemeinschaftskommentar für das Staatsangehörigkeitsrecht |

| | |
|-------------|--|
| GLJ | German Law Journal |
| GLOBALCIT | Global Citizenship Observatory |
| GMBL | Gemeinsames Ministerialblatt |
| GO-EP | Geschäftsordnung des Europaparlaments |
| GPR | Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union |
| GRC | Charta der Grundrechte der Europäischen Union |
| grds. | grundsätzlich |
| GSZ | Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht |
| GYIL | German Yearbook of International Law |
| HGR | Handbuch der Grundrechte |
| h. M. | herrschende Meinung |
| Hrsg./hrsg. | Herausgeber/herausgegeben |
| Hs. | Halbsatz |
| HStR | Handbuch des Staatsrechts |
| HTK-StAR | Hypertextkommentar zum Staatsangehörigkeitsrecht |
| I. C. J. | International Court of Justice |
| ICON | International Journal of Constitutional Law |
| i. d. F. | in der Fassung |
| i. d. R. | in der Regel |
| i. e. | id est |
| IGH | Internationaler Gerichtshof |
| IJHR | The International Journal of Human Rights |
| ILC | International Law Commission |
| IMR | International Migration Review |
| InfAuslR | Informationsbrief Ausländerrecht |
| insb. | insbesondere |
| IP | Internationale Politik (Zeitschrift) |
| IPbpR | Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte |
| IPR | Internationales Privatrecht |
| IPRax | Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts |
| IPwskR | Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte |
| IUSCT | Iran-United States Claims Tribunal |
| i. V. m. | in Verbindung mit |
| IZPR | Internationales Zivilprozessrecht |
| JA | Juristische Arbeitsblätter |
| JEHL | Journal on European History of Law |
| JEMS | Journal of Ethnic and Migration Studies |
| JIANL | Journal of Immigration, Asylum and Nationality Law |
| jM | juris – die Monatsschrift |
| JöR | Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart |
| JPIL | Journal of Private International Law |
| Jura | Juristische Ausbildung |
| jurisPR | juris Praxisreport |
| JuS | Juristische Schulung |
| JW | Juristische Wochenschrift |
| JZ | Juristenzeitung |
| KritJ | Kritische Justiz |

| | |
|-----------|---|
| KritV | Kritische Vierteljahresschrift |
| LVerf | Landesverfassung |
| MACIMIDE | Maastricht Centre for Citizenship, Migration and Development |
| MdB | Mitglied des Bundestages |
| MJ | Maastricht Journal of European and Comparative Law |
| M.P. | Member of Parliament |
| MPEPIL | Max Planck Encyclopedia of Public International Law |
| MRRG | Melderechtsrahmengesetz |
| MSÜ | Europaratsübereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern |
| NATO | North Atlantic Treaty Organization |
| n. Chr. | nach Christus |
| NdBGbl. | Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes |
| NILR | The Netherlands International Law Review |
| NJ | Neue Justiz |
| NJW | Neue Juristische Wochenschrift |
| | NomosKommentar zum Ausländerrecht |
| N.N. | Nomen nescio |
| No. | Number |
| NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| Nr. | Nummer |
| NVwZ | Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht |
| NWVB1. | Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter |
| OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| OECD-MA | OECD-Musterabkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen |
| o. g. | oben genannte(s) |
| ÖStbG | Staatsbürgerschaftsgesetz (Österreich) |
| OSZE | Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| OVG | Oberverwaltungsgericht |
| PolV | Politische Vierteljahresschrift |
| PStG | Personenstandsgesetz |
| RGB1. | Reichsgesetzblatt |
| RIAA | Reports of International Arbitral Awards |
| RL | Richtlinie |
| Rn. | Randnummer |
| RP | Rheinische Post |
| RR | Rechtsprechungsreport |
| Rs. | Rechtssache |
| RSCAS | Robert Schuman Centre for Advanced Studies |
| Rspr. | Rechtsprechung |
| RuP | Recht und Politik |
| RuStAG | Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz |
| RW | Rechtswissenschaft |
| RWN | Rijkswet op het Nederlanderschap (Niederländisches Staatsangehörigkeitsgesetz) |
| S. | Seite |
| SächsVB1. | Sächsische Verwaltungsblätter |

| | |
|----------------|--|
| SDÜ | Schengener Durchführungsübereinkommen |
| Sec. | Section |
| SG | Soldatengesetz |
| Slg. | Sammlung |
| s. o. | siehe oben |
| sog. | sogenannte, sogenanntes |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| StAG | Staatsangehörigkeitsgesetz |
| StAGÄndG | Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes |
| StAng | Staatsangehörigkeit |
| StAR-VwV | Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Staatsangehörigkeitsrecht |
| StAZ | Das Ständesamt |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| StIGH | Ständiger Internationaler Gerichtshof |
| StISchGH | Ständiger Internationaler Schiedsgerichtshof |
| StudZR WissOn | Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft – Wissenschaft On-line |
| StWissStPr | Staatswissenschaften und Staatspraxis |
| SVR | Sachverständigenrat für Integration und Migration (bis 2020: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration) |
| SZ | Süddeutsche Zeitung |
| TOP | Tagesordnungspunkt |
| u. a. | unter anderem |
| Überbl. | Überblick |
| Urt. | Urteil |
| U.S./USA | United States (of America) |
| usw. | und so weiter |
| UVR | Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht |
| v. | von/vom/versus |
| Var. | Variante |
| VBIBW | Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg |
| VersV | Versailler Vertrag |
| VGH | Verwaltungsgerichtshof |
| vgl. | vergleiche |
| VO | Verordnung |
| Vol. | Volume |
| vs. | versus |
| VVDStRL | Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer |
| VwGO | Verwaltungsgerichtsordnung |
| VwV | Verwaltungsvorschrift |
| VwVfG/BayVwVfG | Verwaltungsverfahrensgesetz/Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz |
| VwZG/BVwZG | Verwaltungszustellungsgesetz |
| WGO-MfOR | Monatshefte für Osteuropäisches Recht |
| WiRO | Zeitschrift für Wirtschaft und Recht in Osteuropa |
| WISTA | Wirtschaft und Statistik |
| WPfIG | Wehrpflichtgesetz |
| WÜK | Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen |

| | |
|-----------|---|
| WVK | Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge |
| YEL | Yearbook of European Law |
| ZaöRV | Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht |
| ZAR | Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik |
| z. B. | zum Beispiel |
| ZEuS | Zeitschrift für europarechtliche Studien |
| ZfP | Zeitschrift für Politik |
| Ziff. | Ziffer |
| ZJS | Zeitschrift für das juristische Studium |
| ZÖR | Zeitschrift für öffentliches Recht |
| ZPO | Zivilprozessordnung |
| ZRP | Zeitschrift für Rechtspolitik |
| z. T. | zum Teil |
| zugl. | zugleich |
| ZwProtMSÜ | Zweites Zusatzprotokoll zum Europaratsübereinkommen über die Verringerung der Mehrstaatigkeit und über die Wehrpflicht von Mehrstaatern |

Ergänzend wird Bezug genommen auf: *Kirchner*, Hildebert (Begr.): *Kirchner – Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 10. Auflage 2021.

A. Einführung: Staatsangehörigkeitsrecht und Mehrstaatigkeit im Kontext des Migrations(folgen)rechts¹

Es gibt wenige Teilgebiete des Rechts, in denen sich Rechtstheorie, Rechtsdogmatik und Rechtspolitik in einem vergleichbar intensiven Maße die Hand reichen, wie es in dem in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts sukzessive entstanden und sich stetig fortentwickelnden Mehrebenensystem des Migrationsrechts der Fall ist². Dieses bildet einen Querschnitt durch rechtliche Sphären, die eine erhebliche politische Aufladung besitzen und gerade im Lichte jüngerer globaler Migrationsgeschehen nie aus dem Fokus der Öffentlichkeit gerückt sind. *In concreto* lässt sich dieses System in die Einzelgebiete des Aufenthaltsrechts, des Asylrechts, des unionsbürgerschaftlichen Freizügigkeitsrechts und nach hier vertreter Auffassung des Staatsangehörigkeitsrechts auffächern³. Insbesondere die

¹ Seitens des Verfassers sei Wert auf den Hinweis gelegt, dass die Arbeit nur zum vereinfachten Lesefluss im generischen Maskulinum artikuliert.

² Einstmals prominent „Ausländer- und Asylrecht“ genannt, siehe (auch zum Mehrebenencharakter) *M. Krajewski*, Status als Instrument des Migrationsrechts, in: M. Jestaedt (Hrsg.), Grenzüberschreitungen – Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Linz vom 5.–8. Oktober 2016, 2017, S. 126, 128 f.; *D. Thym*, 40 Jahre ZAR: Akteure, Themen, Trends, in: ZAR 2020, 159 (161); zur Begriffsentwicklung ferner auch *F. von Harbou/E. Weizsäcker*, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Recht der Bildungsmigration, 2. Aufl. 2020, S. 2 f.; exemplarisch Titel des Lehrbuchs von *K. Hailbronner*, Asyl- und Ausländerrecht, 5. Aufl. 2021.

³ So zu Recht und mit zutreffenden Verweis darauf, dass mit der Einbürgerungsentscheidung der Migrationsprozess seinen Abschluss findet, *Krajewski*, Status (in diesem Kapitel, Fn. 2), S. 128: zutreffend lehnt er die Gegenauffassung ab, die in Abrede stellt, dass das Staatsangehörigkeitsrecht als Bestandteil des Migrationsrechts bezeichnet werden könne, da der Migrationsprozess im Sinne der permanenten Bleibeentscheidung mit der Naturalisation bereits gefallen sei, hierfür mit weiteren Nachweisen *K. F. Gärditz*, Der Bürgerstatus im Lichte von Migration und europäischer Integration, in: G. Biaggini (Hrsg.), Repräsentative Demokratie in der Krise? – Referate und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 2012, Bd. 72, 2013, S. 118; wie hier auch *D. Thym*, Bürger zweiter Klasse im Einwanderungsland? Rechtliche Inhalte und symbolische Markierungen im Diskurs um das Staatsangehörigkeitsrecht, in: Die Verwaltung 52 (2019), 407 (431), der betont, dass Migration „im Lichte des Integrationsparadigmas“ nicht auf den Erhalt einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis begrenzen sollte, allein schon, weil die rechtliche Vollzugehörigkeit hiermit noch nicht erworben ist; wohl auch *J. Bast*, Aufenthaltsrecht und Migrationssteuerung, 2011, S. 51: „Konturen eines breit gefächerten Migrationsrechts“; hiervon geht implizit auch die BRAK aus, die für die Verleihung des Fachanwaltstitels für Migrationsrechts Kenntnisse des Staatsangehörigkeitsrechts zwingend voraussetzt, siehe nur § 14p BORA/FAO.

weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen polarisieren das in der nachfolgenden Untersuchung in den Fokus gestellte Recht der Staatsangehörigkeit, welches in Zukunft hinsichtlich politischer Zuordnungs- und Inklusionsfragen an praktischer Bedeutung zugewinnen wird⁴. Aus Sicht des politischen Diskurses leuchtet dies insofern ein, als sie als leicht greifbare und gemeinhin bekannte Verbriefung von Zugehörigkeit rezipiert und zuvörderst von politischen Akteuren als solche kommuniziert wird. Schon dieser Umstand lädt förmlich zu ideologischen Einkleidungen, Mystifikationen oder symbolpolitischen Instrumentalisierungen dieser *per se* formal anmutenden Materie ein. Flankiert von dahingehend bestätigenden tagespolitischen Geschehnissen wird durchaus zutreffend angemerkt, dass „über kaum ein anderes Problem [...] in der Demokratie Mehrheiten rascher verloren, Regierungen gestürzt, ja Verfassungen geändert werden [können]“⁵. Innerhalb der Rechtswissenschaft hingegen fristete das Staatsangehörigkeitsrecht jedoch lange ein Schattendasein. Unter dem Eindruck der *anno* 2015 „stärksten Migrationsbewegungen seit 1950“ bestimmen im migrationsrechtlichen Schrifttum noch heute Thematiken der rechtlichen Migrationssteuerung im engeren Sinne das wissenschaftliche Geschehen⁶. Gesellschaftliche Dynamisierungsprozesse drücken sich allerdings nicht nur in aufenthalts- und integrationsrechtlichen Zusammenhängen, sondern auch im Kontext des statisch-formalisierten Rechtsinstituts der Staatsangehörigkeit aus. Zuletzt erfuhr das Staatsangehörigkeitsrecht im Angesicht tagespolitischer Ereignisse, gesetzlicher Teilnovellierungen und akuter Modernisierungsbestrebungen eine vernehmbare Renaissance, die auch in einschlägigen Monographien, wissenschaftlichen Vorträgen oder Aufsätzen ihren Niederschlag gefunden hat⁷. Die vorliegende

⁴ Die gestiegene praktische Bedeutung im Lichte dieser Ereignisse spiegelt sich in der anwaltlichen Beratungspraxis etwa in der vorbezeichneten Einführung des Fachanwaltstitels für Migrationsrecht im Jahr 2015 wider.

⁵ W. Leisner, „Nation“ und Verfassungsrecht – Das integrierte Volk als demokratischer Souverän in der Migration, in: *Der Staat* 55 (2016), 213 (213); wie sich zeigen wird, findet Leisners These zahlreiche Anknüpfungspunkte in der jüngeren parlamentarischen Historie der Bundesrepublik; ähnliche Richtung zum Vorstehenden zudem Thym, *Bürger* (in diesem Kapitel, Fn. 3), S. 427 ff.

⁶ Hierzu jüngst K. Odendahl, Migrationssteuerung im Mehrebenensystem, in: M. Jestaedt (Hrsg.), *Grenzüberschreitungen – Berichte und Diskussionen auf der Tagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Linz vom 5.–8. Oktober 2016*, Bd. 76, 2017, S. 50 f., zu dem in der Rechtswissenschaft jüngst etablierten Begriff der Migrationssteuerung oder Migrationsmanagement S. 55 f.; eingehend aus dem konkurrierenden Blickwinkel fünf verschiedener Disziplinen Bast, *Aufenthaltsrecht* (in diesem Kapitel, Fn. 3), S. 75 ff.; exemplarisch das dargelegte Thementableau der ZAR als etablierte Zeitschrift für das Migrationsrecht Thym, 40 Jahre ZAR (in diesem Kapitel, Fn. 2), S. 160, wonach die Staatsangehörigkeit in 61 Abhandlungen thematisiert worden ist, wohingegen das Asylrecht mit 315 und das gesonderte Themenfeld „Integration“ mit 247 Beiträgen die „unangefochtenen Spitzenreiter“ darstellen.

⁷ Als jüngstes und wohl auch als prominentestes Beispiel lässt sich exemplarisch auf die profunde monographische Analyse von einem verfassungshistorischen Ausgangspunkt von F. Weber, *Staatsangehörigkeit und Status: Statik und Dynamik politischer Gemeinschaftsbildung*, 2018, anführen; ähnlich inhaltsreich, mit einem differenten methodischen Ansatz M. Deinhard, *Das Recht der Staatsangehörigkeit unter dem Einfluss globaler Migrationsser-*

Arbeit soll jedoch nicht das Ziel verfolgen, die Staatsangehörigkeit *per se* als staats- und völkerrechtliche Zugehörigkeitskonstante in der Makroperspektive dynamischer Migrationsprozesse zu beleuchten oder gar als formalisierten Fixknoten der Zugehörigkeit gänzlich infrage zu stellen, sondern setzt die hierzu getroffenen bisherigen Erkenntnisse für die Untersuchung eines höchst brisanten Teilgebiets des Staatsangehörigkeitsrechts voraus. Gleiches gilt für die überkommenen Erwerbsmodi. Deren Prüfung auf ihre rechtliche und gerechtigkeitstheoretische Konsistenz „vom Scheitel bis zur Sohle“ würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen⁸. Gegenstand dieser Untersuchung ist vielmehr erstens der Vermeidungsgrundsatz mehrfacher Staatsangehörigkeit, welcher in der politischen Debatte im Sinne des oben angeführten Zitats bereits als Instrument zur Erzwingung und Beendigung parlamentarischer Mehrheiten genutzt worden ist, sowie zweitens die Analyse eines rechtlichen Instruments, das in Deutschland zur Durchsetzung dieses Grundsatzes verwendet worden ist⁹.

I. Thematische Koordinatensetzung: Dichotomie des Untersuchungstopos

Durch die formale Verbriefung des staatsangehörigkeitsrechtlichen Status macht Mehrstaatigkeit mittelbar die Realitäten im seit Ende des Zweiten Weltkriegs diskontinuierlich zunehmenden Migrations- und Mobilitätsgeschehen sichtbar. Der Untersuchung liegt die Arbeitshypothese zugrunde, dass eine verstärkte Hinnahme von Mehrstaatigkeit gegen das von Thym herausgearbeitete Rechtsbild der „sedentären Bias“ opponiert¹⁰. Politisch unterliegt das konkrete Thema der verstärkten

scheinungen, 2015, der sich auf den Wandel des Staatsangehörigkeitsrechts im Fokus von Migrationsbewegungen zu fokussieren versucht, freilich ohne noch die „Flüchtlingskrise“ berücksichtigen zu können; auf die Implikationen universaler Menschenrechte auf die Staatsangehörigkeit Fokus setzend S. *Uslucan*, Zur Weiterentwicklungsfähigkeit des Menschenrechts auf Staatsangehörigkeit, 2012.

⁸ Prominente und vieldiskutierte Analyse aus rechtssoziologischer Distributionsperspektive A. *Shachar*, *The Birthright Lottery*, Cambridge (MA) 2009, S. 21 ff., 70 ff.

⁹ Abseits der akut einmal mehr öffentlich ausgetragenen „Doppelpass-Debatte“ richtet sich der Fokus ferner auf die staatsangehörigkeitsrechtliche Behandlung (ehemaliger) mutmaßlicher Angehöriger von Terrormilizien, die in eine Novellierung des § 28 StAG mündeten, kritisch zu dieser Neuregelung A. *Wallrabenstein*, Die Egalisierungsfunktion der Staatsangehörigkeit – Warum die Ausbürgerung von Terroristen keine Lösung ist, in: *Verfassungsblog* vom 22. 6. 2019, abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/die-egalisierungsfunktion-der-staatsangehoerigkeit/> (zuletzt abgerufen am: 10. 1. 2024); *dies.*, „Was heißt es heute, einem Staat anzugehören?“, *Süddeutsche Zeitung* v. 6. 3. 2019, S. 5; zu den Zustimmungs- und Ablehnungswerten des „Doppelpasses“ in der Bevölkerung S. *Worbs*, Doppelte Staatsangehörigkeit in Deutschland: Zahlen und Fakten, Bundeszentrale für politische Bildung, 11. 8. 2017, S. 10.

¹⁰ Dies sehen D. *Kalekin-Fishman*/K. *Tsitselikis*/P. *Pitkänen*, *Theorizing Multiple Citizenship*, in: D. *Kalekin-Fishman*/P. *Pitkänen* (Hrsg.), *Multiple Citizenship as a Challenge to European National-States*, Rotterdam, 2007, S. 1 ff.; generalisierend für einige Einwanderungsstaaten als zentralen Anlass für die hierdurch ausgelöste Kontroverse an; den vielschichtigen